

Erscheint wöchentlich drei Mal
und zwar Dienstag, Donnerstag
und Sonnabend (Sonntag).
Abonnementspreis beträgt
vierteljährlich 1 Mark 20 Pf.
prænumerando.

Anzeiger

für Zwönitz und Umgegend. Organ

für den Stadtgemeinderath, den Kirchen- und Schulvorstand zu Zwönitz.
Verantwortlicher Redacteur: Bernhard Ott in Zwönitz.

Inserate werden bis spätestens
Mittags des vorhergehenden
Tages des Erscheinens erbeten
und die Corpusspaltenzeile mit
10 Pf., unter „Eingesandt“ mit
25 Pf. berechnet.

N^o 6.

Dienstag, den 16. Januar 1883.

8. Jahrg.

Bekanntmachung.

Von dem unterzeichneten Königl. Amtsgerichte sollen den **24. Januar 1883** die dem Schuhmacher **Eduard Mey** in Zwönitz zugehörigen Grundstücke, als: a) das Haus- und Gartengrundstück Nr. 141 des Catasters, Nr. 163a. und 163b. des Flurbuchs, Fol. 136 des Grund- und Hypothekensuchs für Zwönitz, b) das Feldgrundstück Nr. 4 des Flurbuchs, Fol. 267 des Grund- und Hypothekensuchs für genannten Ort, welche Grundstücke am 28. October 1882 ohne Berücksichtigung der Oblasten auf ad a) 3100 Mark, ad b) 1500 Mark gewürdert worden sind, nothwendiger Weise versteigert werden, was unter Bezugnahme auf den an hiesiger Gerichtsstelle aushängenden Anschlag hierdurch bekannt gemacht wird.
Stollberg, am 4. November 1882.

Königliches Amtsgericht baselst.
Flach.

Bekanntmachung.

Zu der am 22. dieses Monats stattfindenden **Glockenweihe**, zu welcher andurch sämtliche Gemeindeglieder zur Betheiligung am Festzuge vormittags 10 Uhr freundlichst eingeladen werden, soll gleichzeitig nachmittags 5 Uhr ein **Festessen** im Hübner'schen Gasthause stattfinden, wozu Anmeldungen bis zum nächsten **Freitag**, den 19. dieses Monats, nachmittags 2 Uhr von dem Cassirer Herrn **Friedrich August Decker** und dem Gastwirth Herrn **Carl Hermann Hübner** bereitwilligst entgegen genommen werden. Preis des Couverts **1 Mark 80 Pf.**
Niederzwönitz, am 15. Januar 1883.

Der Gemeindevorstand.
Gerlach, im Auftrag.

Politische Rundschau.

Deutschland. Die Reichstagsverhandlungen vom vorigen Donnerstag waren lediglich der Berathung des socialistischen Antrages auf Aufhebung sämtlicher Ausnahmegesetze gewidmet. Wenn die Antragsteller mit ihrem Antrag nur die Absicht verfolgt haben, durch die Discussion die Stellung der verschiedenen Parteien klar zu stellen, so haben sie ihren Zweck vollständig erreicht. Es ist klar, daß, wenn der Antrag bloß auf Aufhebung des Jesuitengesetzes und des Kanzelparagraphen gestellt worden wäre, derselbe die Unterstützung des Centrums, der Polen, Elsässer und Demokraten, sowie wohl auch der Fortschrittspartei gefunden haben würde, für den alleinigen Antrag auf Aufhebung des Socialistengesetzes würden jedenfalls die Fortschrittspartei, die SeceSSIONisten und ein Theil des Centrums gestimmt haben. Was allerdings die Aufhebung des Dictaturparagraphen für Elsaß-Lothringen anbelangt, so würden sich zu dessen Aufhebung wohl nur die parlamentarischen Freunde der Elsässer, die Centrumsmitglieder und die Polen haben bereit finden lassen. So aber sprachen sich fast alle Redner gegen die durch den Antrag Liebknecht dargestellte Verschmelzung so heterogener Gesetze aus und die Debatte endete damit, daß das Haus den Antrag des Abgeordneten Lipke (SeceSSIONist) auf Uebergang zur motivirten Tagesordnung mit großer Majorität annahm. Am Freitag beschäftigte sich der Reichstag mit Wahlprüfungen und Initiativ-Anträgen aus der Mitte des Hauses; die Debatte bot keine hervorstechenden Momente dar und wurde in der Sonnabend-Sitzung fortgesetzt.

Der Präsident des Reichstages, Herr v. Levetzow, wird an der Spitze einer Anzahl von Reichstags-Abgeordneten aus den von der Ueberschwemmung betroffenen Gegenden (der Herren Dr. A. Reichensperger, Dr. Thilenius, Dr. Blum, Freiherr Löw und Polza) in einer Audienz beim Kaiser den Dank für die Bewilligung der 600,000 M. aus dem Dispositionsfonds aussprechen. (Dies dürfte mittlerweile geschehen sein.)

In der am Donnerstag stattgefundenen Sitzung der Lizenzsteuer-Commission erklärte Finanzminister Scholz: Preußen würde sofort nach Annahme des Lizenzsteuergesetzes eine Vorlage beim Bundesrathe einbringen, betreffend die Besteuerung geistlicher Getränke und Tabakfabrikate im Reiche, so zwar, daß die Vorräthe an Wein, Bier, Branntwein und Tabak bei den Detailverkäufern nach dem Gelbwerthe besteuert würden, wodurch die Detaillisten in den Stand gesetzt würden, die Steuer auf die Consumenten abzuwälzen. Die preussische Regierung habe diese Vorlage bereits ausgearbeitet. Die „Consumenten“ dürften über diesen Plan wenig entzückt sein.

Die hessische zweite Kammer ist zur Berathung der Nothstands-vorlage auf den 17. Januar einberufen worden.

Aus Baden meldet man der Berliner „Post“, daß hier die freiwillige Hilfsthätigkeit sich in umfassender Weise ansetzt, daß durch die Ueberschwemmungen verursachte Elend zu lindern. Allenhalben haben sich Orts- und Bezirks-Unterstützungs-Comitee gebildet, während

in Karlsruhe ein Landes-Unterstützungs-Comitee in Action getreten ist. Incl. des badischen Antheils von der aus dem Dispositionsfonds der Reichshauptcasse bewilligte Summe, die sich auf 40,000 Mark beläuft, beträgt die beim Landes-Unterstützungs-Comitee in Karlsruhe eingegangene Summe schon jetzt 142,000 Mark, darunter 10,000 die vom großherzoglichen Paare gespendet worden sind.

Oesterreich-Ungarn. Oesterreich-Ungarn hat in letzter Zeit recht bemerkenswerthe Anstrengungen zur Erhöhung der Schlagfertigkeit seines Heeres gemacht. Die Infanterie-Regimenter und die Jäger-Bataillone haben eine bedeutende Vermehrung erfahren und die Eintheilung der Armee nach deutschem Muster in Territorial-Corps-Bezirke wird unlängbar der Schlagfertigkeit des österreichischen Heeres zum Vortheile gereichen. Jetzt hat die österreichische Regierung auch die Vermehrung der Artillerie ernstlich ins Auge gefaßt, wozu mit der beschlossenen Errichtung des 14. Artillerie-Regiments bereits der Anfang gemacht worden ist; ferner sollen die reitenden Batterien, gleich der Cavallerie, schon im Frieden auf Kriegsfuß gebracht werden. Außerdem sind aber von der österreichischen Regierung noch weitere Beschlüsse zur Verstärkung der Wehrhaftigkeit des Reiches zu erwarten. So sollen die Ersatzreservisten zum partiellen activen Dienst im Frieden herangezogen werden, was einer Erhöhung des Friedensbestandes der österreichischen Armee um 24,000 Mann bedeuten würde. Endlich sollen die Festungswerke an der galizisch-russischen Grenze erheblich verstärkt und erweitert, sowie einige strategische Eisenbahnen ausgebaut werden. Die Ausführung dieser Beschlüsse wird die Finanzen Oesterreichs allerdings erheblich mehr belasten, aber die erforderlichen Summen sind in Anbetracht des Zweckes, um den es sich handelt, sicher gut angelegt.

Frankreich. Das sonderbare Nachspiel, welches das Hinscheiden Gambetta's zur Folge gehabt — der Streit zwischen dem Vater und den Freunden des Ex-Dictators darüber, wo dessen Gebeine ruhen sollen — ist nunmehr beendet. Am Freitag hat die Ueberführung der Leiche Gambetta's von Paris nach Nizza stattgefunden. Etwa fünfzig Personen, Deputirte und persönliche Freunde Gambetta's, befanden sich im Trauerzuge, welcher nur in Marseille längere Zeit, — etwa eine Stunde — anhielt. Die Beerdigung in Nizza sollte am Sonnabend stattfinden, so daß dieselbe zur Stunde erfolgt ist, wenn nicht noch andere Dispositionen gegeben worden sind. Es ist eine eigenthümliche Fügung des Schicksals, daß der Leichnam des Mannes, von welchem die Franzosen die Wiedergewinnung Elsaß-Lothringens erwarteten, seine Ruhestätte in dem Italien entwundenen Nizza findet, und die Fronie, welche hierin liegt, erscheint von den Gambettisten erkannt worden zu sein und sie mitbestimmt zu haben, die Beerdigung ihres todtten Meisters in Paris zu verlangen. — Im Anarchisten-Proceß zu Lyon ergriff der Staatsanwalt am Freitag das Schlußwort; das Urtheil dürfte am Sonnabend gesprochen worden sein.

England. Zwischen England und Frankreich scheint bezüglich der tunesischen und auch ägyptischen Frage eine Verständigung im